



Protokoll der 22. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:

2. März 2021

Ort:

Videokonferenz (Skype for Business)

Aktenzeichen: 924-3719/1/2

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Er weist darauf hin, dass Laetitia Bernard angekündigt hat, nur bis am Mittag an der Sitzung teilnehmen zu können.

Speziell wird Theresia Rohr begrüsst, welche als neues Mitglied heute zum ersten Mal an einer Sitzung der beratenden Kommission teilnimmt.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 17. November 2020 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident weist darauf hin, dass in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Theresia Rohr aus einem Selbsthilfeprojekt offenbar gewisse Vorbehalte gegen sie erhoben wurden, welche aber Ereignisse betreffen, die mehr als 15 Jahre zurückliegen. Der Präsident und das BJ sind diesen Vorwürfen nachgegangen und sind zum Schluss gekommen, dass es keinen Grund gibt, die Eignung und die notwendige Unvoreingenommenheit als Mitglied in der beratenden Kommission anzuzweifeln.

Der Präsident kommt zurück auf das Anliegen von Urs Allemann-Cafilisch betreffend den Umgang von Forschenden mit Betroffenen im Rahmen des NFP 76, welches anlässlich der letzten Sitzung eingehend diskutiert wurde: Eine schriftliche Rückmeldung sei bereits erfolgt (vgl. Anhang im letzten Sitzungsprotokoll). Demnach würden auch die Forschungsleitenden einen guten und umsichtigen Umgang mit den Betroffenen als sehr wichtig erachten. Im angesprochenen Einzelfall seien seines Erachtens die Probleme nicht so gravierend gewesen. Zudem habe es auch mehrere positive Reaktionen von Betroffenen gegeben, die insbesondere die schriftlichen Rückmeldungen zu den einzelnen Forschungsetappen und die Weihnachtsbriefe, welche sie von den Forschenden erhalten haben, geschätzt hätten.

Im NFP 76 seien die Zwischenberichte der einzelnen Forschungsprojekte der Leitungsgruppe unterbreitet und von dieser genehmigt worden. Es habe also keine Beanstandungen gegeben, die zum Abbruch eines der Projekte geführt hätten.

Der Präsident weist darauf hin, dass es in mehreren Kantonen Bemühungen gebe, um ein Zeichen der Erinnerung zu schaffen.

Reto Brand informiert über ein kürzlich ergangenes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts.¹ Das Gericht habe sich darin eingehend mit der Frage befasst, welche Arten von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen durch das Bundesgesetz über die Aufarbeitung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) erfasst seien. Es sei zum Schluss gekommen, dass es sich regelmässig nur um Sachverhalte wie behördlich angeordnete Platzierungen, Zwangsabtreibungen, Zwangsadoptionen, Zwangssterilisationen oder Zwangsmedikation/Medikamentenversuche handeln könne. Im zu beurteilenden Fall sei gegen die damals bereits erwachsene Frau keine entsprechende Massnahme angeordnet worden. Die Beschwerde, welche von ihr gegen die Abweisung des Gesuchs um einen Solidaritätsbeitrag durch das BJ erhoben wurde, sei deshalb vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen worden.

Im Weiteren erinnert Reto Brand daran, dass das BJ gemäss dem gesetzlichen Auftrag (vgl. Art. 15 AFZFG) auch für die Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung sorgen müsse. Dies habe in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägern

¹ Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-4288/2020 vom 28. Januar 2020. Siehe [Entscheiddatenbank BVGer](#) (Suchbegriff "B-4288/2020").

der wissenschaftlichen Aufarbeitung zu geschehen; auf Stufe Bund betreffe dies insbesondere die UEK und das aktuell noch laufende NFP 76. Im Hinblick auf die Umsetzung dieses Auftrages seien aktuell zwei Stellen ausgeschrieben worden. Es ist vorgesehen, dass diese Personen in einem ersten Schritt eine Bestandesaufnahme aller bereits vorhandenen Forschungsergebnisse erstellen, um anschliessend gestützt darauf ein ganzheitliches Konzept für deren Verbreitung und Nutzung zu erarbeiten und anschliessend umzusetzen. Besonders wichtig sei dabei, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und insbesondere auch mit dem noch laufenden NFP 76 zusammenzuarbeiten. Auch die bereits abgeschlossene Öffentlichkeitsarbeit der UEK sei dabei mit einzubeziehen. Die wesentlichen Zielgruppen bei diesen Arbeiten seien schon durch das Gesetz selber definiert: Betroffene/Opfer, interessierte Bevölkerung, Schulen und mit dem Thema Zwangsmassnahmen heute im weitesten Sinn befasste Institutionen und Behörden. Man stehe hier noch am Beginn der Überlegungen und Arbeiten und hoffe, dass bis Ende 2021 schon viele Dinge klarer seien, was in diesem Bereich noch getan werden muss.

2. Statistik: Gesuche nach altem Recht und nach neuem Recht

a) Gesuche nach altem Recht

Simone Anrig informiert, dass die Opfer gemäss den im Zeitraum von April 2017 bis Oktober 2020 geltenden Gesetzesbestimmungen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen grundsätzlich nur bis Ende März 2018 ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag beim Bundesamt für Justiz (BJ) einreichen konnten. Ausnahmsweise habe beim Vorliegen wichtiger Gründe aber die verpasste Frist in Einzelfällen wiederhergestellt und das Gesuch trotzdem noch geprüft werden können.

Von April 2017 bis Oktober 2020 seien vom BJ **insgesamt 8991 Gesuche** behandelt worden. Davon hätten 8691 Gesuche (96.7%) gutgeheissen und entsprechend Solidaritätsbeiträge in der Höhe von total rund 218 Mio. Franken zugesprochen werden können. 259 Gesuche (2.9%) hätten hingegen abgewiesen werden müssen (z.B. weil keine unmittelbare und ausreichend schwere Beeinträchtigung als Folge einer Massnahme vorlag oder sich die geschilderten Erlebnisse erst nach 1981 zugetragen hatten). Bei den übrigen Gesuchen sei aus verschiedenen Gründen gar keine inhaltliche Prüfung möglich gewesen.

In 52 Fällen sei gegen die negative Verfügung des BJ von den betroffenen Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller ein Rechtsmittel ergriffen worden (Einsprache ans BJ und/oder Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht). Das Ergebnis könne wie folgt zusammengefasst werden:

- 6 Einsprachen hätten nach einer erneuten Prüfung des Gesuchs vom BJ gutgeheissen werden können (z.B. weil die ergänzte Schilderung der Erlebnisse neue, relevante Elemente enthielt oder zusätzliche Archivakten eingereicht wurden). Entsprechend hätte den betreffenden Personen der Solidaritätsbeitrag doch noch ausgerichtet werden können.
- In 21 Rechtsmittelverfahren sei - entweder vom BJ oder dann später vom Bundesverwaltungsgericht - der bisherige negative Entscheid erneut bestätigt und das Gesuch entsprechend abgewiesen (13) oder aus formellen Gründen gar nicht erst auf die Einsprache/Beschwerde eingetreten bzw. das Verfahren abgeschlossen worden (8).
- Insgesamt seien noch 25 Rechtsmittelverfahren - entweder beim BJ oder beim Bundesverwaltungsgericht - hängig (d.h. hier liegen bisher aus verschiedenen Gründen noch keine Endentscheide vor).

Die grösste Anzahl von Gesuchen stamme von Personen mit Wohnsitz in den Kantonen Bern (21.2%) und Zürich (13.6%). Der Anteil der übrigen Kantone betrage zwischen 7.4 und 0.2%.

31.3% der Gesuche seien von Personen mit Jg. 1940-49, 26.6% von Personen mit Jg. 1950-59 und 19.1% von Personen mit Jg. 1930-39 gestellt worden. Die übrigen Personen seien älter (4.5%) bzw. jünger (18.5%) gewesen.

Bei den Schilderungen der Opfer seien Fremdplatzierungen im Kindes- und Jugendalter (v.a. als Verding-/Pflegekind oder in Heimen) deutlich im Vordergrund gestanden. Andere fürsorgliche Zwangsmassnahmen seien hingegen eher selten beschrieben worden.

b) Gesuche nach neuem Recht:

Nach Ablauf der bisher geltenden Einreichungsfrist (d.h. zwischen April 2018 und Oktober 2020) seien beim BJ insgesamt 601 neue Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag eingegangen. Seit Inkrafttreten des revidierten AFZFG am 1. November 2020, mit der die erwähnte Einreichungsfrist aufgehoben wurde, seien beim BJ zudem rund 300 weitere Gesuche eingetroffen. Die Bearbeitung dieser Gesuche sei im Gang bzw. auf Kurs.

3. Diskussion von Einzelfalldossiers

a) Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

Seit der letzten Sitzung wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste November 2020 insgesamt 100 Fälle unterbreitet, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah. Der Präsident hat diese einer stichprobeweisen Prüfung unterzogen, wobei er in zwei Fällen eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung wünschte. Die beratende Kommission kommt nach erfolgter Diskussion zum Ergebnis, dass in beiden Fällen vom Fachbereich FSZM noch weitere Zusatzabklärungen gewünscht werden, bevor eine Empfehlung abgegeben werden könne.

Mit der Monatsliste Dezember 2020 wurden den Kommissionsmitgliedern insgesamt 78 Fälle zur Gutheissung unterbreitet. Zudem wurde auch ein Fall unterbreitet, bei dem der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil das entsprechende Gesuch offensichtlich unbegründet war. Urs Allemann-Cafilisch und Theresia Rohr haben diese Monatslisten einer stichprobeweisen Prüfung unterzogen und keine Einwände erhoben. Auch von den übrigen Kommissionsmitgliedern gingen diesbezüglich innert Frist keine Einwände ein.

In Bezug auf die Monatsliste Januar 2021 mit insgesamt 71 Fällen zur Gutheissung und zwei Fällen mit offensichtlich unbegründeten Gesuchen zur Abweisung gingen seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist keine Einwände ein.

b) Fälle aus früheren Sitzungen

Aus den letzten Kommissionssitzungen gibt es noch 2 Gesuche, welche noch nicht abschliessend behandelt werden konnten. Gestützt auf die zwischenzeitlich erfolgten Zusatzabklärungen empfiehlt nun die beratende Kommission in einem Fall eine Gutheissung des Gesuchs und in einem Fall eine Abweisung.

c) Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurde der beratenden Kommission 10 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich eine Abweisung oder eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- 1 Gesuch gutzuheissen;
- 7 Gesuche abzuweisen;
- die Behandlung von 2 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

4. Selbsthilfe-Projekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Reto Brand informiert, dass in den vergangenen Monaten keine neuen Gesuche einreicht worden seien, sich bei den bisherigen Gesuchen aber einiges getan habe: So sei z.B. aufgrund von Weiterentwicklungen in Projekten Anpassungen bei der ursprünglichen Verfügung des BJ nötig gewesen. Bei Selbsthilfeprojekten sei es besonders wichtig und es werde auch zunehmend darauf geachtet, dass von solchen Projekten möglichst eine Vielzahl von Betroffenen/Opfer profitieren könnten (Reichweite/Wirkungsgrad).

Yves Strub, der im Fachbereich die Federführung bei der Betreuung der Selbsthilfeprojekte übernommen hat, weist darauf hin, dass auch die Projekte der Gesellschaft für Austausch-Échange sich weiterentwickeln würden und deshalb ein Antrag für eine Weiterführung der Zusammenarbeit eingereicht wurde, der beim BJ in Prüfung sei. Urs Allemann-Cafiliesch weist darauf hin, dass im Rahmen der Erzählbistros auch Ateliers für Malen und bildnerisches Gestalten, biografisches Schreiben und das Aufnehmen von Podcasts angeboten würden. Ergänzt würden die Zusammenkünfte durch das Foto-/Film-Projekt «Zeugnis ablegen». Schade sei, dass auch dieses Jahr wohl kein Sommerfest stattfinden könne. Das Projekt Erzählbistro werde im Übrigen nicht nur vom BJ, sondern auch durch die Guido Fluri Stiftung massgeblich unterstützt.

Guido Fluri weist im Weiteren auf ein neues Projekt seiner Stiftung hin: es solle eine private Meldestelle für pädosexuelle Übergriffe geschaffen werden, bei welcher anonym Meldungen gemacht werden können. Diese Hinweise würden dann gebündelt und an die Polizei weitergeleitet.

Der Präsident dankt an dieser Stelle allen, die sich in einem Selbsthilfeprojekt zugunsten der Betroffenen und Opfer engagieren.

5. Verschiedenes

Aufgrund der aktuellen Corona-Situation müssen sich die Kommissionsmitglieder wohl darauf einstellen, dass die Sitzungen bis auf weiteres in der Form von Videokonferenzen durchgeführt werden. Die nächste Sitzung wird am 11. Mai 2021, ab 10 Uhr, stattfinden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Die Sitzung wird um 14.50 Uhr geschlossen.



Procès-verbal de la 22^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 2 mars 2021

Date : 2 mars 2021
Lieu : Vidéoconférence (Skype for Business)

Numéro de dossier : 924-3719/1/2

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale au centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA
Procès-verbal :	Simone Anrig	FOFJ / unité MCFA



1. Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10 h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Il précise que Laetitia Bernard a prévenu qu'elle ne pourrait être présente que jusqu'à midi.

Il adresse un salut particulier à Theresia Rohr, qui participe aujourd'hui pour la première fois aux travaux de la commission en qualité de nouveau membre.

Le procès-verbal de la précédente réunion en date du 17 novembre 2020 a déjà été approuvé.

Les documents relatifs à la présente réunion ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ deux semaines. Tout le monde les a visiblement reçus.

Le président note que, ces dernières semaines, des réserves ont apparemment été exprimées au sujet de Theresia Rohr, après qu'elle s'est retirée d'un projet d'entraide, pour des faits qui remontent à plus de 15 ans. Le président et l'OFJ ont examiné ces reproches et sont parvenus à la conclusion qu'il n'existe aucune raison de mettre en doute que Mme Rohr dispose de la qualité et de l'impartialité nécessaires pour être membre de la commission consultative.

Le président revient sur le sujet abordé par Urs Allemann-Cafilisch, et largement discuté lors de la précédente réunion, à savoir l'attitude des chercheurs à l'égard des personnes concernées dans le cadre du PNR 76. Une réponse écrite a déjà été apportée (v. annexe du PV de la dernière réunion). Les directeurs de l'étude considèrent eux aussi comme très important que les personnes concernées soient traitées correctement et avec circonspection. Dans le cas en question, selon le président, les problèmes n'étaient pas si graves. Il y a eu par ailleurs des réactions positives de la part des personnes concernées, qui ont apprécié la réponse écrite portant sur les différentes étapes de l'étude ainsi que les cartes de Noël adressées par les chercheurs.

Les rapports intermédiaires des différents projets de recherche du PNR 76 ont été soumis au groupe de direction, qui les a approuvés. Il n'y a pas eu de réclamation qui aurait conduit à interrompre tel ou tel projet.

Le président souligne que plusieurs cantons s'efforcent d'entretenir le souvenir.

Reto Brand informe la commission d'un arrêt récent du Tribunal administratif fédéral (TAF)¹. Le TAF s'est longuement occupé de la question de savoir quelles sont les mesures de coercition à des fins d'assistance couvertes par la loi fédérale du 30 septembre 2016 sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA). Il est parvenu à la conclusion qu'il ne peut s'agir que de faits tels que des placements sur décision administrative, des adoptions, avortements, stérilisations ou soins forcés ou bien des essais médicamenteux. En l'espèce, la recourante, déjà adulte à l'époque, n'a fait l'objet d'aucune mesure de ce genre. C'est pourquoi le Tribunal administratif fédéral n'a pas fait droit au recours qu'elle avait déposé après que sa demande d'une contribution de solidarité avait été rejetée.

Reto Brand rappelle ensuite que l'OFJ a aussi pour tâche, selon la loi (v. art. 15 LMCFA), de veiller à la diffusion et à l'exploitation des résultats de l'étude scientifique, et ce en collaboration avec les responsables de ladite étude. Au niveau de la Confédération, cela concerne notamment la Commission indépendante d'experts internements administratifs (CIE) et le PNR 76 encore en cours. Afin de réaliser cette tâche, deux postes viennent d'être mis au concours. Les deux personnes recrutées devront d'abord dresser un inventaire de tous les résultats de la recherche déjà disponibles, qui servira ensuite de base à l'élaboration d'un projet pour leur diffusion et leur exploitation, et enfin mener ce projet à bien. Il est très important

¹ Arrêt du Tribunal administratif fédéral B-4288/2020 du 28 janvier 2020. Voir [Base de données des arrêts du TAF](#) (mot-clé B-4288/2020).

d'éviter les doublons et surtout de coopérer avec le PNR 76. Il convient également de valoriser le travail de sensibilisation déjà réalisé par la CIE. Les principaux publics-cible sont définis par la loi : personnes concernées/victimes, population intéressée, écoles, institutions et administrations qui s'occupent au sens large de la question des mesures de coercition. On n'en est encore qu'au début de la phase de réflexion et de travail et on espère que, d'ici la fin de l'année 2021, les choses qui restent à faire apparaîtront plus clairement.

2. Statistiques : demandes déposées au titre de l'ancienne législation et de la législation en vigueur

a) Demandes au titre de l'ancienne législation

Simone Anrig informe la commission que, selon les dispositions législatives en vigueur entre avril 2017 et octobre 2020 sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux, les victimes avaient en principe jusqu'à fin mars 2018 pour déposer une demande de contribution de solidarité auprès de l'OFJ. Au cas où le dépôt n'aurait pu être effectué à temps pour des motifs sérieux, une prolongation du délai était possible à titre exceptionnel afin de permettre quand même un examen de la demande.

Entre avril 2017 et octobre 2020, l'OFJ a traité au total **8991 demandes**. 8691 (96,7 %) ont pu être acceptées et ont donné lieu au versement de contributions de solidarité pour un total d'environ 218 millions de francs. 259 demandes (2,9 %) ont dû être rejetées (soit p. ex. que la mesure de coercition n'ait pas eu de conséquences immédiates ou suffisamment graves soit que les faits rapportés se soient déroulés après 1981). Enfin, certaines demandes n'ont pu faire l'objet d'un examen sur le fond, pour différentes raisons.

52 personnes dont la demande avait été rejetée ont attaqué la décision de l'OFJ (par une opposition auprès de l'OFJ ou en faisant appel auprès du Tribunal administratif fédéral). Les résultats de ces procédures peuvent être résumés comme suit :

- Après nouvel examen par l'OFJ, 6 demandes ont finalement pu être acceptées (soit que la nouvelle description des faits ait contenu des éléments nouveaux et importants, soit que des documents d'archives supplémentaires aient été versés au dossier). Sur cette base, une contribution de solidarité a pu être versée aux intéressés.
- Dans 21 cas, soit la décision négative de première instance a été confirmée par l'OFJ ou en dernier ressort par le Tribunal administratif fédéral et la demande a été définitivement rejetée (13), soit, pour des motifs formels, il n'a pas été possible d'entrer en matière sur la demande ou bien la procédure a été classée (8).
- 25 procédures sont toujours pendantes soit auprès de l'OFJ soit auprès du Tribunal administratif fédéral (c'est-à-dire qu'aucune décision définitive n'a encore été rendue).

La plupart des demandes ont été déposées par des personnes domiciliées dans les cantons de Berne (21,2 %) et de Zurich (13,6 %). La part des autres cantons est comprise entre 0,2 et 7,4 %.

31,3 % des demandeurs sont nés dans la décennie 1940-1949, 26,6 % entre 1950 et 1959 et 19,1 % entre 1930 et 1939. Les autres demandeurs sont plus âgés (4,5 %) ou plus jeunes (18,5 %).

Dans les récits des victimes, les placements extrafamiliaux à l'enfance ou à l'adolescence dominant très largement (placements dans des familles nourricières ou des foyers). Les autres mesures de coercition à des fins d'assistance sont, elles, plutôt rarement évoquées.

b) Demandes au titre de la législation en vigueur

A l'échéance du nouveau délai de dépôt des demandes (ouvert entre avril 2018 et octobre 2020), l'OFJ a reçu en tout 601 nouvelles demandes d'une contribution de solidarité. Depuis

l'entrée en vigueur de la LMCFA révisée le 1^{er} novembre 2020, qui a supprimé le délai susmentionné, environ 300 demandes supplémentaires sont parvenues à l'OFJ. Leur traitement est en cours.

3. Discussion de dossiers particuliers

a) Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

Depuis la dernière réunion, les membres de la commission ont reçu pour examen 100 nouveaux cas (liste mensuelle de novembre 2020), pour lesquels l'unité MCFA avait émis un avis positif. Le président a procédé à un contrôle aléatoire de cette liste et souhaite discuter lors de la présente réunion de deux cas concrets. Après discussion, la commission consultative juge qu'il est souhaitable, dans un cas comme dans l'autre, d'obtenir des éclaircissements supplémentaires de la part de l'unité MCFA avant d'émettre une recommandation.

La liste mensuelle de décembre 2020 contenait 78 cas transmis pour approbation aux membres de la commission et un cas pour lequel l'unité MCFA avait émis un avis négatif, la demande étant manifestement infondée. Urs Allemann-Cafilisch et Theresia Rohr ont soumis la liste à un contrôle aléatoire et n'ont rien trouvé à redire. De même, les autres membres de la commission n'ont pas émis de réserve dans le délai imparti.

Concernant les 73 cas de la liste de janvier 2021, 71 pour approbation et 2 pour rejet (demande manifestement infondée), aucune réserve n'a été émise par les membres de la commission dans le délai imparti.

b) Cas abordés dans de précédentes réunions

Il restait 2 cas abordés dans de précédentes réunions et qui n'avaient pas encore pu faire l'objet d'une décision. Forte des éclaircissements obtenus entre-temps, la commission consultative recommande dans un cas d'accepter et dans l'autre de refuser la demande.

c) Nouveaux cas

Pour la réunion d'aujourd'hui, la commission consultative a reçu pour avis 10 nouveaux cas, pour lesquels l'unité MCFA a proposé soit un rejet soit une discussion, s'agissant de cas limite. Après discussion approfondie de chacun des dossiers, la commission recommande :

- dans 1 cas, d'accepter la demande ;
- dans 7 cas, de rejeter la demande ;
- dans 2 cas, de reporter l'examen dans l'attente d'éclaircissements.

4. Projets d'entraide (situation actuelle)

Reto Brand informe la commission consultative que, ces derniers mois, aucune nouvelle demande n'est parvenue à l'OFJ, mais que les choses ont bougé pour ce qui est des demandes en cours. Ainsi, le développement de certains projets a nécessité d'aménager la décision de l'OFJ. Pour ce qui est des projets d'entraide, il est très important qu'ils profitent au plus grand nombre de personnes concernées et de victimes (portée / efficacité), et c'est un point auquel on est de plus en plus attentif.

Yves Strub, responsable des projets d'entraide au sein de l'unité MCFA, ajoute que les projets de la *Gesellschaft für Austausch*-Échange vont se développer eux aussi et qu'une demande de prolongation de la coopération a été déposée, demande actuellement à l'étude de l'OFJ. Urs Allemann-Cafilisch souligne que, dans le cadre des bistrot d'échange, sont également proposés des ateliers de peinture et d'arts plastiques, des ateliers d'écriture autobiographique et la réalisation de podcasts. Ces rendez-vous sont complétés par le projet photographique Témoigner (*Zeugnis ablegen*). Il est dommage que la fête d'été doive être

annulée cette année encore. Le projet des bistrots d'échange est fortement soutenu non seulement par l'OFJ, mais aussi par la fondation Guido Fluri.

Guido Fluri mentionne un nouveau projet de sa fondation, la création d'une plateforme privée où l'on peut dénoncer anonymement des agressions pédophiles. Les signalements sont rassemblés avant d'être transmis à la police.

Le président tient à remercier ici toutes les personnes engagées dans un projet d'entraide en faveur des personnes concernées et des victimes.

5. Varia

En raison de la situation actuelle due au coronavirus, les membres de la commission doivent s'attendre à ce que les réunions se tiennent par vidéoconférence jusqu'à nouvel ordre. La prochaine aura lieu le 11 mai 2021 à 10 h.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive à la réunion de ce jour. La séance est levée à 14 h 50 mn.

**KEIN
ORIGINAL**